



Institut für Föderalismus;
Institut du Fédéralisme
Institute of Federalism

aus: Newsletter IFF 4 / 2025

Aktuelles – Actualité – Attualità

Die Rubrik «Aktuelles – Actualité – Attualità» soll die Leserinnen und Leser in übersichtlicher und konziser Form auf aktuelle Meldungen, neue Veröffentlichungen mit Föderalismusbezug hinweisen sowie auf aktuelle föderalismusrelevante Entwicklungen im Gesetzgebungsprozess oder in der Rechtsprechung verweisen. Es handelt sich dabei um eine punktuelle Betrachtung der neusten Geschehnisse und Veröffentlichungen, ohne dass dabei ein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird. Weitere Hinweise, insbesondere auf Studien und Forschungsergebnisse, nehmen wir ebenfalls sehr gerne [per Mail](#) entgegen.

La rubrique « Aktuelles – Actualité – Attualità » entend signaler à ses lecteurs et à ses lectrices, sous une forme claire et concise, les nouvelles publications relatives au fédéralisme, mais également les derniers développements touchant le fédéralisme dans la législation ou la jurisprudence. Il s'agit ici d'une prise en compte ponctuelle des événements et des publications les plus récents, sans pour autant prétendre à l'exhaustivité. Pour enrichir notre prestation, nous recevons volontiers des courriels mentionnant des études en cours ou les conclusions de travaux de recherches qui viennent de s'achever.

La rubrica «Aktuelles – Actualité – Attualità» indica alle lettrici e ai lettori le notizie attuali e le nuove pubblicazioni riguardanti il federalismo. Ne segnala inoltre le tendenze rilevanti nella legislazione o giurisprudenza. Si tratta di un'osservazione episodica degli eventi recenti e pubblicazioni senza pretesa di essere esaustiva. Accettiamo volentieri [per e-mail](#) ulteriori indicazioni, in particolare riguardanti studi e risultati di ricerca scientifica.

Inhalt – Sommaire – Elenco

Aktuelles – Actualité – Attualità	1
I. Rechtsetzung – Législation – Legislazione.....	3
1. Vernehmlassungsvorlagen	3
2. Beschlüsse und Berichte.....	4
3. Parlamentsgeschäfte	5
II. Rechtsprechung – Jurisprudence – Giurisprudenza	8
III. Amtliche Veröffentlichungen – Publications officielles – Pubblicazioni ufficiali	9
IV. Literatur	12
1. Polizeirecht	12
2. Das Bundesgericht	12
3. Verfassungsinterpretation	12
4. Freiheitsindex 2025	13
V. Meldungen – Annonces – Notizie	13
1. Staatsorganisation – Staatsvolk – Politisches System	13
2. Bildung – Wissenschaft – Kultur	16
3. Öffentliche Finanzen	17
4. Öffentliche Werke – Energie – Verkehr	18
5. Öffentliche Sicherheit	18
6. Gesundheit – Arbeit – Soziale Sicherheit	19
7. Wirtschaft	19

I. Rechtsetzung – Législation – Legislazione

1. Vernehmlassungsvorlagen

nach Datum aufgelistet - listés par date - elencati per data

Datum und Zuständigkeit	Gegenstand
30.10.2025 Bundesrat 	<p>Mit dem vorgelegten Vorentwurf zum KomPG sollen die Rechte der Nutzerinnen und Nutzern von Kommunikationsplattformen und Suchmaschinen, die von «wenigen international tätigen Privatunternehmen» betrieben werden, gestärkt werden. Obschon die vom Bund in Auftrag gegebene Regulierungsfolgenabschätzung zumindest keine Kostenfolgen zulasten der Kantone und Gemeinden im Zusammenhang mit dem KomPG erwartet, ist in föderaler Hinsicht zu bedenken, dass der Bund damit ein weiteres Gebiet der Ausübung privatwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit (Art. 95 Abs. 1 BV) reguliert, womit den Kantonen im betreffenden Sachbereich kein gesetzgeberischer Freiraum mehr verbleiben wird (nachträglich derogatorische Bundeskompetenz). Im Lichte des Subsidiaritätsprinzips dürften aber genügend stichhaltige Gründe für eine einheitliche (nationale) Lösung bestehen. Die Vernehmlassung endet am 16. Februar 2026.</p> <p>Vernehmlassung 2024/65 Vernehmlassungsvorlage KomPG (Vorentwurf) Erläuternder Bericht zum VE-KomPG des BAKOM vom 29. Oktober 2025 Schlussbericht Regulierungsfolgenabschätzung (RFA) zur Regulierung von sehr grossen Kommunikationsplattformen und sehr grossen Online-Suchmaschinen der Eco-plan AG vom 18. Januar 2024</p>
31.10.2025 20.11.2025 Bundesrat 	<p>Die Vernehmlassung zum Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU» ist abgeschlossen. Nun sind die Fertigstellung und Publikation des Ergebnisberichtes hierzu abzuwarten.</p> <p>Vernehmlassung 2025/47 Übersicht Abkommen, Protokolle und Erklärungen (ZIP-Ordner) Bundesbeschlüsse und Erlasstexte (ZIP-Ordner) Erläuternder Bericht Synoptische Tabellen zu Elektrizität, Lebensmittelsicherheit und Stabilisierung der bilateralen Beziehungen (ZIP-Ordner)</p>
05.11.2025 Bundesrat 	<p>Die Stellungnahmen im Vernehmlassungsverfahren zum direkten Gegenentwurf der Volksinitiative «Ja zur medizinischen Versorgungssicherheit» wurden publiziert. Der Gegenentwurf enthält eine im Gegensatz zur Initiative alternative Fassung eines neuen Art. 117c BV, welcher zu einer entsprechenden Ausweitung der Kompetenz des Bundes führen würde. Die Initiative ist am 19.</p>

	<p>Dezember 2024 gültig zustande gekommen. Insgesamt haben alle Kantone inhaltlich zum Gegenentwurf Stellung genommen (S. 5–189). Auch zahlreiche Stellungnahmen aus der Wirtschaft und der Wissenschaft gingen ein (S. 235–456 [nicht paginiert]). Der Ergebnisbericht wird noch abgewartet.</p> <p>Vernehmlassung 2025/12 Stellungnahmen</p>
26.11.2025 Bundesrat 	<p>Nachdem der Kanton TI beim Bund einen förmlichen Antrag auf Bundeshilfen in der Höhe von CHF 17 Mio. zur Bewältigung der Folgen der Unwetterschäden 2024 gestellt hatte, liegen nun die Entwürfe zur vorgeschlagenen ausserordentlichen Bundeshilfe an die Kantone GR, TI und VS vor. Die Vernehmlassung hierzu dauert bis zum 12. März 2026.</p> <p>Vernehmlassung 2025/114 Unwetterbewältigungsgesetz 2024, Erläuternder Bericht zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens des UVEK vom 26. November 2025 Entwurf des Unwetterbewältigungsgesetz 2024 Entwurf des Bundesbeschlusses über die Kostenbeteiligung des Bundes (Kreditchluss)</p>
26.11.2025 Bundesrat 	<p>In Umsetzung der Motion 18.3592 EICHENBERGER-WALTHER CORINA «Nationaler polizeilicher Datenaustausch», vom National- und Ständerat je am 21. Juni und 9. Dezember 2019 angenommen, und nach Annahme der Motion 23.4311 «Schaffung einer Verfassungsgrundlage für eine Bundesregelung des nationalen polizeilichen Datenaustausches» der SIK-N ist die Eröffnung der Vernehmlassung zum Vorentwurf einer Revision von Art. 57 BV und des BPI vorab für den Januar 2026 geplant. Durch die Verfassungsänderung soll der Bund die Kompetenz zur Regelung des interkantonalen Informationsaustausches erhalten. Die Revision des BPI wiederum soll die nötigen formellgesetzlichen Grundlagen zur Errichtung und zum Betrieb der POLAP schaffen.</p> <p>Geplante Vernehmlassungsvorlage 2025/49 Bericht der SIK-S zur Motion der SIK-N vom 25. April 2024</p>

2. Beschlüsse und Berichte

nach Datum aufgelistet - listés par date - elencati per data

Datum und Zuständigkeit	Gegenstand
24.10.2025 WBK-N 	<p>Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-N) hat dem Parlament ihren Entwurf eines indirekten Gegenvorschlages zur Volksinitiative «<i>Für eine Einschränkung von Feuerwerk</i>» unterbreitet. Als nächstes ist die Beratung der Initiative im Nationalrat geplant.</p> <p>Parlamentarische Initiative, Indirekter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für eine Einschränkung von Feuerwerk», Bericht der WBK-N vom 24. Oktober 2025 (BBI 2025 3236) Parlamentarische Initiative 25.402 der WBK-N vom 30. Januar 2025</p>

<p>05.11.2025 Bundesrat </p>	<p>Der Bundesrat hat seine Botschaft zur Demokratie-Initiative verabschiedet: Darin beantragt er der Bundesversammlung, die Initiative Volk und Ständen zur Abstimmung zu unterbreiten mit der Empfehlung, die Initiative abzulehnen. Die betreffende Volksinitiative in Form des ausgearbeiteten Entwurfs verlangt eine Ergänzung von Art. 38 Abs. 2 BV, welche Ausländerinnen und Ausländern auf Gesuch hin einen bedingten Anspruch auf Erteilung des Schweizer Bürgerrechts¹ einräumen will. Sie ist nun bei der SPK-S und SPK-N zur Behandlung angemeldet. Der Bundesrat hat in seiner Botschaft ausdrücklich angemerkt, dass eine Annahme der Initiative die Kompetenz der Kantone bei der ordentlichen Einbürgerung abschaffen und allein dem Bund übertragen würde. Die Annahme der Demokratie-Initiative hätte staatsrechtlich daher eine weitgehende Zentralisierung der Einbürgerung zur Folge.</p> <p><i>Botschaft zur Volksinitiative «Für ein modernes Bürgerrecht (Demokratie-Initiative)» vom 5. November 2025 (BBI 2025 3372)</i></p> <p><i>Geschäft des Bundesrates 25.081</i></p> <p><i>Wortlaut der Volksinitiative</i></p> <p><i>Verfügung der Bundeskanzlei über das Zustandekommen vom 24. Januar 2025 (BBI 2025 273)</i></p> <p><i>Verprüfungsverfügung der Bundeskanzlei vom 9. Mai 2023 (BBI 2023 1224)</i></p>
---	---

3. Parlamentsgeschäfte

nach Datum aufgelistet - listés par date - elencati per data

Datum und Zuständigkeit	Gegenstand
<p>09.09.2025 Ständerat </p>	<p>Die Motion verlangt die Ausarbeitung einer Bundesgesetzesvorlage, welche die Möglichkeit zur Erhebung von Einsprüchen präziser definieren soll. In seiner Stellungnahme hat der Bundesrat sich bereits erklärt, «die Definition der schützenswerten Interessen im Bewilligungsrecht zu überprüfen», wo er insbesondere eruieren will, inwiefern dem Bund aus Art. 75 BV die Kompetenz zum entsprechenden Eingriff in die kantonale Verfahrenshoheit zukommt. Er ist der Ansicht, dass für den Bund rechtliche «<i>Spielräume</i>» bestehen, um eine Verfahrensbeschleunigung verfassungskonform umsetzen zu können. Da er ebendies prüfen will, beantragte der Bundesrat die Annahme der Motion.²</p>
<p>12.11.2025 Bundesrat </p>	

¹ Schweizerbürger ist, wer das Bürgerrecht einer Gemeinde und des Kantons besitzt ([Art. 37 Abs. 1 BV](#)). Der Bestand des Eidgenössischen Bürgerrechts war schon früher und ist nach wie vor untrennbar mit demjenigen von Kanton und Gemeinde verbunden: **Es gibt keine Schweizerbürger in abstracto**: FLEINER FRITZ, Zentralismus und Föderalismus in der Schweiz, Zürich 1918, S. 8 in medio; zum heutigen Recht statt vieler: HAFNER FELIX/BUSER DENISE, in: Ehrenzeller/Egli/Hettich/Hongler/Schindler/Schmid/Schweizer (Hrsg.), Bundesverfassung St. Galler Kommentar, Band 1, 4. Aufl., Zürich 2023, Art. 37 N 3 f. m.w.H.

² Vgl. zur Thematik WALDMANN BERNHARD/BOSKY DELGADO PATRICK, [Bundesregelung für ein straffer Baubewilligungsverfahren?, Würdigung aus bundesstaatsrechtlicher Sicht](#), in: [IFF-Newsletter 3/2025](#) vom 16. Oktober 2025.

09.12.2025 Ständerat 	Der Ständerat hat die Motion am 9. Dezember 2025 angenommen. Damit geht die Motion als nächstes in den Nationalrat (Art. 121 Abs. 2 Satz 2 ParlG). <i>Motion 25.3972 ANDREA GMÜR-SCHÖNENBERGER «Baueinsprachen. Schutzwürdige Interessen klar definieren» mit Stellungnahme und Antrag des Bundesrates vom 12. November 2025</i> <i>Amtliches Bulletin (ABI) zur Motion 25.3972 (provisorischer Text)</i>
09.09.2025 Ständerat  12.11.2025 Bundesrat 	Diese Motion verlangt die Schaffung einer bundesgesetzlichen Grundlage zur «Sanktionierung» missbräuchlicher Einsprachen (in Baubewilligungsverfahren). Auch hier hat sich der Bundesrat in seiner Stellungnahme bereit erklärt, die rechtlichen Möglichkeiten «zur Sanktionierung von rechtsmissbräuchlichem Verhalten» überprüfen zu wollen und beantragte daher die Annahme der Motion. ³ Der Ständerat hat die Motion am 9. Dezember 2025 angenommen. Damit geht die Motion als nächstes in den Nationalrat (Art. 121 Abs. 2 Satz 2 ParlG). <i>Motion 25.39737 ANDREA GMÜR-SCHÖNENBERGER «Missbräuchliche Baueinsprachen sanktionieren» mit Stellungnahme und Antrag des Bundesrates vom 12. November 2025</i> <i>Amtliches Bulletin (ABI) zur Motion 25.3973 (provisorischer Text)</i>
15.09.2025 Nationalrat  05.11.2025 Bundesrat 	Das Postulat will den Bundesrat beauftragen, eine «umfassende Auslegeordnung zur Einführung und zum Erlernen von Fremdsprachen in der Volksschule» zu verfassen. In seiner Stellungnahme betonte der Bundesrat einerseits, dass er bereit sei, «die Eckwerte für den Unterricht einer zweiten Landessprache in der obligatorischen Schule festzulegen» , sollten sich die Kantone vom gelgenden Sprachenkompromiss abwenden, andererseits aber auch, dass sich die Kompetenz des Bundes auf die Harmonisierungspflicht der Kantone beschränke. Die vom Postulat aufgeworfenen Fragen betreffen Themen im Zuständigkeitsbereich der Kantone; der Bundesrat beantragt deshalb die Ablehnung des Postulats und empfiehlt, dieses Anliegen «direkt bei den Kantonen einzugeben» . <i>Postulat 25.4009 KATJA CHRIST «Auslegeordnung zum frühen Fremdsprachenlernen und zu den Modellen des Fremdsprachenunterrichts in der Volksschule» mit Stellungnahme und Antrag des Bundesrates vom 5. November 2025</i>
16.09.2025 Nationalrat WBK-S WBK-N 	Die parlamentarische Initiative verlangt die Ergänzung von Art. 15 Abs. 3 SpG um einen Satz 3, wonach in der Primarstufe der obligatorischen Schulzeit mindestens eine Landessprache als Fremdsprache unterrichtet werden muss . Das Geschäft wurde der WBK-N und der WBK-S zur Behandlung zugewiesen. <i>Parlamentarische Initiative 25.466 DAMIEN COTTIER «Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften und Unterricht der Landessprachen»</i>
16.09.2025 Ständerat	Der Bundesrat soll die Pflicht zum Unterricht einer zweiten Landessprache in der Primarschule aller Kantone gesetzlich verankern . Abschaffungswillige

³ S. zur Thematik Fn. 2 hiervor.

 05.11.2025 Bundesrat 	<p>Deutschschweizer Kantone würden ansonsten «<i>das gute Einvernehmen zwischen den Sprachregionen</i>» und die nationale Kohäsion schwächen. Zudem stünden solche Entscheide im Widerspruch zum HarmoS-Konkordat. In seiner Stellungnahme pflichtete der Bundesrat dieser Einschätzung im Wesentlichen bei. Er hat bereits am 19. September 2025 das EDI zur Ausarbeitung einer entsprechenden Vernehmlassungsvorlage beauftragt und beantragt daher die Annahme der Motion.</p> <p><i>Motion 25.4017 BAPTISTE HURNI «Unterricht der Landessprachen für den Zusammenhalt unseres Landes» mit Stellungnahme und Antrag des Bundesrates vom 5. November 2025</i></p>
16.09.2025 Ständerat  05.11.2025 Bundesrat 	<p>Die in der Herbstsession 2025 deponierte Interpellation wollte fünf Fragen zum Projekt Entflechtung 27 beantwortet haben. In seiner Antwort hielt der Bundesrat u.a. fest, dass «<i>Aufgabengebiete, bei denen heute weder Bund noch die Kantone einen Handlungsbedarf in Bezug auf die Subsidiarität oder die fiskalische Äquivalenz sehen</i>», nicht ins Projekt aufgenommen worden seien. Nach Rücksprache mit der Projektleitung könnten auch die Arbeitsgruppen das Projekt um zusätzliche Themenfelder erweitern; ebenso könnten die eidgenössischen Räte eine Erweiterung mittels Motion in Auftrag geben. Der Bundesrat und die KdK würden zudem im Herbst 2026 über die zweite Projektphase beschliessen.</p> <p><i>Interpellation 25.4011 FELIX WETTSTEIN «Entflechtung 27. Fehlende Themen» mit Stellungnahme des Bundesrates vom 5. November 2025</i></p>
26.09.2025 Ständerat  19.11.2025 Bundesrat  16.12.2025 Ständerat 	<p>Die Motion verlangt, dass der Bundesrat Massnahmen trifft, mit welchen «<i>Unternehmen mehr in der Schweiz forschen, entwickeln [und] produzieren (...)</i>». Der Bundesrat anerkennt in seiner Stellungnahme, dass die OECD-Mindeststeuer die Schweiz herausfordern und er daher entsprechende Handlungen ergriffen hat. Aufgrund der laufenden Arbeiten innerhalb der OECD könnte man die Konformität allfälliger Massnahmen noch nicht abschätzen. Daher beantragt der Bundesrat, die Motion abzulehnen.</p> <p>Die Motion wird während der laufenden Wintersession 2025 am 16. Dezember 2025 im Ständerat behandelt werden.</p> <p><i>Motion 25.4265 BENJAMIN MÜHLEMANN «Stärkung des Produktions- und Wirtschaftsstandorts Schweiz» mit Stellungnahme des Bundesrates vom 19. November 2025</i></p>
03.12.2025 Nationalrat 	<p>Im ETH-Verkehrsgutachten von Prof. Dr. ULRICH A. WEIDMANN sei mit Bezug auf Bern von «<i>Hauptstadtregion</i>» gesprochen worden. Die Frage will vom Bundesrat resp. dem UVEK wissen, ob man «<i>diese Region</i>» mit Blick auf die Verfassung anders benennen müsse.</p> <p><i>Fragestunde 25.8108 THOMAS AESCHI «Bundesstadt Bern: Die Schweizer Bundesverfassung kennt keine Hauptstadt»</i></p>
03.12.2025 Nationalrat	<p>Offenbar wurde an der Nationalen Föderalismuskonferenz 2025 am offiziellen Apéro «<i>ausländischer Wein</i>» ausgeschenkt. NR BREGY fragt, ob es für ange-</p>

	bracht erachtet wird, dass an einer vom Parlament unterstützten Veranstaltung am offiziellen Apéro ausländischer Wein ausgeschenkt wird, obschon «Schweizer Wein qualitativ hochwertig, vielfältig, nachhaltig sowie [in] unseren Traditionen und unserer Kultur verankert» sei. <i>Fragestunde 25.8084 PHILIPP MATTHIAS BREGY «Konferenz des Föderalismus: Halten es die Büros für angebracht, dort ausländischen Wein auszuschenken?»</i>
16.12.2025 Ständerat 	Während der noch laufenden Wintersession 2025 der eidgenössischen Räte wird am Dienstag, den 16. Dezember 2025, die Botschaft zum Bundesbeschluss über die Einführung einer Bundeskompetenz bei der Finanzierung der Behebung von Erdbebenbeschäden an Gebäuden im Ständerat als Erstrat behandelt werden. <i>Geschäft des Bundesrates 24.095 Botschaft zum Bundesbeschluss über die Einführung einer Kompetenz des Bundes im Bereich der Finanzierung der Behebung von Gebäudeschäden bei Erdbeben vom 13. Dezember 2024 (BBI 2025 151)</i>

II. Rechtsprechung – Jurisprudence – Giurisprudenza

nach Datum aufgelistet – listés par date – elencati per data

Urteil	Föderalismusrelevante Aspekte
Bundesgericht 1C_461/2025 vom 2. Oktober 2025  Bundesgericht Tribunal fédéral Tribunale federale Tribunal federal	Abstimmungsbeschwerde (Art. 77 Abs. 1 lit. b BPR) betr. eidgenössische Volksabstimmung über den Bundesbeschluss über die kantonale Liegenschaftssteuer auf Zweitliegenschaften ⁴ : Akte der Bundesversammlung und des Bundesrates sind vor BGer gemäss Art. 189 Abs. 4 BV nicht anfechtbar, ausser ein Bundesgesetz sieht eine Ausnahme davon vor. Abstimmungsvorlage [in casu: Bundesversammlung], Abstimmungsfrage (Bundesrat) und Abstimmungserläuterung (Bundesrat) «bilden insoweit eine Einheit und stellen als Präsentation gesamthaft einen Akt des Bundesrats im Sinne von Art. 189 Abs. 4 BV dar» (E. 3.2). Die Kritik des Beschwerdeführers bezieht sich auf die Abstimmungsfrage , welche sich nach langjähriger Praxis des BGer darauf beschränkt, ob die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger «den mit dem Originaltitel bezeichneten Beschluss der Bundesversammlung annehmen wollen» und einen unanfechtbaren Akt des Bunderats i.S.v. Art. 189 Abs. 4 BV darstellt (E. 3.3).

⁴ Vgl. [BBI 2025 17](#) und [BBI 2025 23](#).

	<p>Die Frage, ob man nicht nur auf den vorliegend relevanten Bundesbeschluss, sondern auch auf den Titel des Bundesgesetzes trotz nicht erhobenem Referendum dagegen hätte in der Abstimmungsfrage nennen sollen, ist zwar berechtigt, der Bundesrat hat sich in seinen Erläuterungen aber einlässlich dazu geäussert [Eventualbegründung]; das BGer ist ohnehin von Bundesverfassungs wegen für solche Fragen nicht zuständig (<i>E. 3.4</i>). Der Antrag auf Ungültigerklärung des Bundesbeschlusses liegt einerseits ausserhalb des von vom Beschwerdeführers formulierten Beschwerdeobjekts und andererseits unterliegen Änderungen der Bundesverfassung wegen Art. 82 BGG i.V.m. Art. 190 BV ohnehin nicht der abstrakten Normenkontrolle (<i>E. 4</i>). Nichteintreten.</p>
--	--

III. Amtliche Veröffentlichungen – Publications officielles – Pubblicazioni ufficiali

nach Datum aufgelistet – listés par date – elencati per data

24.10.2025 KdK <i>KdK Cdc</i>	<p>Die Konferenz der Kantonsregierungen hat an ihrer ausserordentlichen Plenarversammlung Stellung zum politisch hochaktuellen wie hochbrisanten Vernehmlassungspaket über das Verhandlungsergebnis des Bundesrates zu den bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU genommen: Die Kantonsregierungen unterstützen insgesamt das Gesamtpaket und stimmen den institutionellen Elementen des Abkommens zu. Sie verwiesen insbesondere explizit auf die Vereinbarung zur Mitwirkung bei der Gestaltung von Rechtsentwicklungen, welche zentral für die wirksame Vertretung föderaler Interessen in «<i>künftigen Verhandlungen und Umsetzungsprozessen</i>» sei. Betreffend die aus dem Abkommen resultierenden finanziellen Mehrbelastungen erwarten sie eine entsprechende Unterstützung durch den Bund. Bezüglich der nach wie vor streitigen Referendumsform haben sich 15 Kantone für das fakultative und 10 Kantone für das obligatorische ausgesprochen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Fakultatives Referendum: ZH, LU, FR, SO, BS, BL, SG, AG, GR, TG, VD, VS, NE, GE, JU. - Obligatorisches Referendum: UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, SH, AR, AI, TI. - Enthaltungen: BE
---	---

	<p><i>Stellungnahme der KdK, Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz – EU: Verhandlungsergebnisse und innerstaatliche Umsetzung, vom 24. Oktober 2025</i></p> <p><i>Medienmitteilung</i></p>
04.11.2025 EFV 	<p>Die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) untersuchte die Finanzierung ausgewählter öffentlicher Dienstleistungen in den Kantonen und deren Gemeinden. Es hat die Datenergebnisse im diesjährigen Indikator der Gebührenfinanzierung publiziert: Nach diesen wurde 2023 ein kleinerer Teil solcher Dienstleistungen als 2022 mittels Gebühren finanziert, wobei immer noch 74,7% der anfallenden Kosten durch Gebührenerhebung für Leistungen gedeckt werden.</p> <p><i>Medienmitteilung</i></p> <p><i>Daten Sonderauswertung zur Steuerbelastung im kantonalen Vergleich, zur Bundesaktivität in den Kantonen, zur Gebührenfinanzierung und zur Sonderauswertung Covid</i></p>
26.11.2025 EFV 	<p>Die Eidgenössische Finanzverwaltung hat mitgeteilt, dass sich die NFA-Zahlungen 2026 auf total CHF 6,4 Mia. belaufen werden, was einer Erhöhung von 3,7% resp. CHF 226 Mio. im Vergleich zu 2025 entspricht. Der Bundesrat hat die Ausgleichszahlungen mittels Teilrevision des FiLaV bereits gutgeheissen.</p> <p><i>Medienmitteilung</i></p> <p><i>Tabellen und Abbildungen Finanzausgleichszahlungen 2026</i></p>
26.11.2025 Bundesrat 	<p>Der Bundesrat hat seinen Bericht zur Digitalen Souveränität des Landes verabschiedet. Darin definiert er zunächst die massgebliche Begrifflichkeit, als dann wie der Staat seine Aufgaben digital erfüllen und wie die digitale Souveränität weiter gestärkt werden kann. Aufgrund der kantonalen Organisationsautonomie betrifft der Bericht nur die Bundesverwaltung; die «<i>thematisierten Prozesse und Verantwortlichkeiten</i>» würden aber auch bei der eidgenössischen Legislative und Judikative sowie in den Kantonen in weitgehend vergleichbarer Form existieren, weshalb die Erkenntnisse schlussendlich doch für sämtliche Staatsorgane – auf allen Staatsebenen – relevant seien (Ziff. 6).</p> <p><i>Medienmitteilung</i></p> <p><i>Digitale Souveränität der Schweiz, Bericht des Bundesrates vom 26. November 2025 in Erfüllung des Postulats 22.4411 Z'GRAGGEN</i></p>
27.11.2025 SHK CHSE CSSU CSSA <small>SHK CSHE CSSU CSSA Schweizerische Hochschulkonferenz Conférence suisse des hautes écoles Conferenza svizzera delle scuole universitarie Conferencia suiza de las escuelas altas</small> Swissuniversities swissuniversities	<p>2024 wurde eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Prof. Dr. GÜNTHER DISSERTORI der ETHZ ins Leben gerufen, welche Kriterien entwickeln sollte, um den Hochschulen sowie anderen Institutionen des Hochschulbereichs zu helfen, Verfahren zur Forschungs- und Wissenssicherheit zu implementieren. Die Arbeitsgruppe hat am 15. September 2025 ihren Bericht hierzu vorgelegt, welcher der Hochschulrat der SHK zur Kenntnis genommen hat.</p> <p>Im Bericht wurden im Wesentlichen drei Empfehlungen zur Erhöhung der Wissenssicherheit abgegeben:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ergänzung bestehender gesetzlicher Rahmenbedingungen - Aufbau Sicherheitsbewusstsein und Compliance-Verfahren

	<ul style="list-style-type: none"> - Schaffung einer «nationalen Koordinationsstelle mit strategischer Übersicht» <p>Auch eine interdepartementale Arbeitsgruppe des Bundes (IDAG) hat die Wissenssicherheit politisch und juristisch analysiert und ebenfalls Empfehlungen formuliert.</p> <p>Der Hochschulrat hat nun die Geschäftsführung SHK mit der Ausarbeitung eines Umsetzungsplans sowie eines Vorschlag für das weitere Vorgehen beauftragt.</p> <p><i>Medienmitteilung SHK «Knowledge Security»</i> <i>Medienmitteilung swissuniversities</i> <i>SUDAN DIMITRI, Knowledge Security in Switzerland: A Strategic Framework for Higher Education Institutions and Authorities (September 15 2025)</i> <i>Cyber-Sicherheit (Bund)</i></p>
01.12.2025 GDK CDS 	<p>Die Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) hat anlässlich ihrer Plenarversammlung 16 Empfehlungen in einem Dreiphasenplan zum Ausbau der interkantonalen Zusammenarbeit bei der Spitalplanung beschlossen. Diese Verstärkung des Koordinations-Efforts unter den Kantonen erfolgt ausdrücklich auch im Lichte verschiedener Vorstöße im Bundesparlament betreffend die Spitalplanung.⁵</p> <p><i>Medienmitteilung der GDK vom 1. Dezember 2025</i> <i>Empfehlungen zur Spitalplanung der GDK vom 27. November 2025</i> <i>Kantonale Spitalplanung – heute und in Zukunft</i></p>
03.12.2025 Bundeskanzlei 	<p>Die BK hat bei der Bundesanwaltschaft in fünf Fällen Strafanzeige gegen Unbekannt wegen Verdachts auf Wahlfälschung eingereicht. Darauf deuten für fünf eidgenössische Volksinitiativen gesammelte Unterschriften, welche mehrheitlich bereits von den jeweiligen Gemeinden für ungültig erklärt wurden.</p> <p><i>Medienmitteilung</i></p>
05.12.2025 Bundesrat 	<p>Der Bundesrat hat seine Botschaft zur Teilrevision des BGG zu Handen der Bundesversammlung verabschiedet und den Ergebnisbericht des Vernehmlassungsverfahrens publiziert. Die Vorlage enthält die «<i>fachlich sinnvollen und politisch mehrheitsfähigen Reformanliegen</i>» des ersten, 2018 gescheiterten Revisionsversuchs des BGG. Der Vorentwurf sei in der Vernehmlassung überwiegend positiv aufgenommen und im Anschluss daran nur geringfügig angepasst worden. Als nächstes wird die Teilrevision von der RK-S und der RK-N behandelt werden.</p> <p><i>Medienmitteilung</i> <i>Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über das Bundesgericht (Geschäft 25.088; provisorische Fassung)</i> <i>Ergebnisbericht Vernehmlassungsverfahren vom 10. Oktober 2025 Stellungnahmen</i></p>

⁵ Vgl. die Rubrik [Aktuelles](#) aus dem IFF-Newsletter 3/2025.

*Entwurf Teilrevision BGG (provisorische Fassung)
Synoptische Tabelle zum Vorentwurf*

IV. Literatur

Im diesem Teil des Newsletters wird eine Auswahl an föderalismusrelevanten Beiträgen und Vorträgen vorgestellt.

1. Polizeirecht



Polizeirecht ist klassischerweise überwiegend kantonales Recht. Dementsprechend vielfältig sind die kantonalen Polizeigesetzgebungen ausgestaltet. Das neu erschienene Werk vermittelt einen systematischen Überblick über den Inhalt des Polizeirechts (Organisationsrecht, Einsatzrecht, Grundrechte) und seine Interaktionen mit den Vorgaben des Bundesrechts und des Völkerrechts, womit es als Grundlagenwerk sowohl für rechtswissenschaftliche Analysen als auch für diejenigen, die mit dem Polizeirecht in der Praxis regelmäßig konfrontiert sind, bezeichnet werden kann.

KIENER REGINA/SCHINDLER BENJAMIN/BRUNNER ARTHUR, Polizeirecht, Rechtliche Grundlagen der polizeilichen Tätigkeit in der Schweiz, Bern 2025, ISBN/ISSN 978-3-7272-3780-5.

2. Das Bundesgericht



Das soeben erschienene Werk von Alt-Bundesrichter Dr.iur. PETER KARLEN bietet einen kritischen Blick auf die Geschichte und die Stellung des höchsten Gerichts in der Schweizerischen Eidgenossenschaft als Staat und in seiner Gesellschaft.

KARLEN PETER, Das Bundesgericht, Zur Geschichte und Eigenheiten seiner Rolle in Staat und Gesellschaft, Bern 2025, ISBN/ISSN 973-33-7272-1850-7.

3. Verfassungsinterpretation



Der Tagungsband enthält diverse Beiträge zum Wesen, zur Doppelnaturen und zur Rechtsauslegung von Verfassungen, sowohl in Europa, in Zusammenhang mit der sie übergreifenden EMRK, als auch in (anderen) Common-Law-Staaten. Aus föderalistischer Sicht besonders lesenswert ist der Beitrag von Dr.iur. KASPAR EHRENZELLER, Verfassungsinterpretation als Prozess in der schweizerischen Konkordanzdemokratie, Versuch einer rechtsvergleichenden Betrachtung am Beispiel der bundesstaatsorientierten Grundrechtsinterpretation des Bundesgerichts (S. 39–83).

EHRENZELLER BERNHARD/GAMPER ANNA/KLEY ANDREAS/KOTZUR MARKUS/SCHINDLER BENJAMIN/SCHMID STEFAN G./THÜRER DANIEL/VASEL JOHANN JUSTUS/ZIMMERMANN NESA (Hrsg.), Verfassungsinterpretation, Kolloquium der «Peter-Häberle-Stiftung» an der Universität St. Gallen 2024, Tagungsband, Zürich/St. Gallen 2025.

4. Freiheitsindex 2025

avenir suisse Am 11. Dezember 2025 hat Avenir Suisse seinen Freiheitsindex des Jahres 2025 publiziert: Dieser Index vergleicht anhand der Auswertung von 29 Indikatoren die **gesellschaftliche** sowie die **wirtschaftliche Freiheit** in allen 26 Kantonen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein. Hierbei hat der Kanton AG seinen Spitzenplatz gegenüber dem Vorjahr nicht nur verteidigt, sondern weiter ausgebaut. Schlusslicht insgesamt bildet dieses Jahr der Kanton UR, der den Kanton VS damit gegenüber dem Vorjahresindex auf den schweizweit zweitletzten Platz aufrücken lässt. Die Autoren merken an, dass in ihrer Untersuchung schon wie 2024 erneut eine negative Korrelation (nicht Kausalität!) zwischen gesellschaftlicher Freiheit und wirtschaftlicher Freiheit ausgemacht werden kann. Bei der gesellschaftlichen Freiheit stünden die Kantone der Romandie [und der Kanton TI] auf den vorderen Rängen, die Kantone der Deutschschweiz wiederum bei der wirtschaftlichen Freiheit – und vice versa.

RÜHLI LUKAS/MARTY JAN, Avenir-Suisse-Freiheitsindex 2025

DIESELBEN, Freiheitsindex 2025, Begriffe, Indikatoren, Methodik und Quellen

Auswertungstabelle

V. Meldungen – Annonces – Notizie

In diesem Kapitel werden föderalismusrelevante Meldungen aus diversen Medien nach Sachbereichen sowie Hinweise auf anstehende Konferenzen und Tagungen aufgelistet.

Die Reihenfolge der Sachbereiche orientiert sich an der systematischen Rechtssammlung des Bundes.

1. Staatsorganisation – Staatsvolk – Politisches System

Datum und Quelle	Inhalt
09.10.2025 NZZ	In seinem Kommentar bezieht SAMUEL TANNER Stellung zu den politischen Gräben , die man überall gesichtet haben will – und plädiert klar «Chömed emal obenabe!» Er legt prägnant dar, wie es um den eidgenössischen Zu-

	sammenhalt in der Vergangenheit bestellt war, was man in modernen Zeiten dazu zu sagen hat und warum er denkt, dass die Schweiz nicht gleich auseinanderfällt. <i>NZZ, Auch wenn eindringlich davor gewarnt wird: Die Schweiz fällt nicht gleich auseinander, Kommentar</i>
14.11.2025 NZZ	In seinem auf der Eröffnungsrede zur Nationalen Föderalismuskonferenz vom 13. November 2025 basierenden Kommentar betrachtet BENEDICT NEFF die wachsende Entfremdung zwischen den politischen Akteuren und den Bürgerinnen und Bürgern – und wie der Schweizer Föderalismus hiergegen Vorbild sein könnte. <i>NZZ, Chef ist der Bürger, und das Zentrum ist die Peripherie. Die Schweiz ist politische Avantgarde</i>
19.11.2025 DIE WELTWOCHEN	Im Interview erklärt der Urner Ständerat JOSEF DITTLI, warum er die Bilateralen III mit der EU befürwortet – und warum er bei der Abstimmung darüber das Ständemehr befürwortet. <i>Die Weltwoche, «Essenzieller Schutzschild»</i>
20.11.2025 	Les communes vaudoises ont reçu moins d'impôts qu'elles n'auraient dû puisque les contribuables au bénéfice du bouclier fiscal ont été sous-taxés de façon contraire à la loi. Certaines communes réfléchissent à faire valoir en justice leur préjudice. Les communes sont également mobilisées pour s'opposer à la contribution demandée par le Conseil d'Etat pour réduire le déficit du budget cantonal. <i>Le Temps, Les communes lésées réfléchissent à attaquer l'Etat de Vaud dans l'affaire du bouclier fiscal</i>
22.11.2025 	Déposée en avril 2023, l' initiative dite « des 12% » visant à réduire la fiscalité des personnes physiques est au point mort en raison d'une clause guillotine relative au bouclier fiscal introduite par le Grand Conseil et contestée par les initiateurs qui ont fait recours au Tribunal fédéral. Alors que la Constitution cantonale prévoit qu'une initiative doit être soumise au vote populaire dans les deux ans suivant son dépôt, aucune votation n'est encore prévue au programme. <i>Le Temps, Initiative « 12% » : l'épine que le Conseil d'Etat vaudois a bien voulu se planter dans le pied</i>
27.11.2025 DIE WELTWOCHEN	Anlässlich seines fünfundzwanzigsten Geburtstags hat der Think-Tank Avenir Suisse das Buch «Antifragile Schweiz – 17 Strategien für eine Welt der Unordnung» herausgegeben. Der Artikel stellt dieses Buch in einer Kurzrezension vor. <i>Die Weltwoche, Ist Föderalismus reparierbar?</i>
28.11.2025 NZZ	Die Kantone und ihre Gemeinden suchten anlässlich der nationalen Asylkonferenz im Rahmen der Asylstrategie 27 mit dem Bund nach neuen Lösungen zur Bewältigung des Asylaufkommens. Insbesondere die Asylverfahren sollen beschleunigt werden, die Integration der Asylsuchenden

	<p>verbessert und v.a. entschiedener gegen kriminelle Asylsuchende vorgegangen werden. Eine in Auftrag gegebene Analyse zeige, dass die Zahl der beschuldigten Personen aus «<i>dieser Bevölkerungsgruppe</i>» zw. 2017–2024 um 75% zugenommen habe und dass gerade Asylsuchende aus nordafrikanischen Staaten zu 60% einer Straftat beschuldigt werden, obschon die Mehrheit von ihnen weniger als zwei Monate in der Schweiz blieben. Eine Task-Force sei gemäss dem Berner Polizeidirektor PHILIPP MÜLLER bereits aktiv und die ersten Erfahrungen seien «<i>positiv</i>».</p> <p><i>NZZ, Bund und Kantone wollen schnellere Asylverfahren und mehr Haft für kriminelle Migranten</i></p>
30.11.2025 	<p>L'initiative populaire pour l'introduction d'un salaire minimum dans le canton de Fribourg a été rejetée par près de 53%. A la lecture des résultats, un clivage apparaît cependant entre la partie francophone et les Suisses de l'étranger, plutôt favorables, et la partie germanophone beaucoup plus réticente. Ce résultat fait du canton de Fribourg, le seul canton romand à avoir refusé l'introduction d'une telle mesure. Pour rappel, Genève, Bâle-Ville, Neuchâtel, Jura et le Tessin ont déjà introduit un salaire minimum cantonal.</p> <p><i>Le Temps, Fribourg seul canton à avoir refusé en votation un salaire minimum</i></p>
30.11.2025 	<p>Le canton de Vaud a rejeté l'introduction du droit de vote des étrangers au niveau cantonal après l'avoir déjà rejeté au niveau communal. Le refus est assez massif faisant de la naturalisation le seul moyen possible pour les étrangers de pouvoir voter dans le canton de Vaud.</p> <p><i>Le Temps, Le droit de vote cantonal reste fermé aux étrangers dans le canton de Vaud</i></p>
03.12.2025 04.12.2025 NZZ	<p>Die NZZ hat in ihrem diesjährigen Parlamentarier-Rating die ideologische Ausrichtung der aktuellen Nationalratsmitglieder und ihre lineare Veränderung analysiert bzw. abgebildet. Allen voran seien die Parteispitzen wichtiger geworden – und von einem «<i>rechten Block</i>» könne nicht die Rede sein.</p> <p><i>NZZ, Datenanalyse, Parlamentarier-Rating 2025: Die Individualisten werden seltener</i></p> <p><i>NZZ, Ein Parlament, drei Lager – was das Nationalrats-Rating 2025 über die Schweizer Politik aussagt</i></p>
03.12.2025  01.12.2025 NZZ	<p>La commune de Vernier (GE) est contrainte de fonctionner sans parlement depuis bientôt six mois et l'annulation de l'élection de son Conseil municipal pour fraude. Cette situation est inédite en Suisse romande d'autant plus que la loi ne prévoit pas de dispositif particulier en cas de vacance d'un parlement communal.</p> <p><i>RTS, Comme la commune de Vernier peut-elle fonctionner sans législatif élu ?</i></p> <p><i>NZZ, Wieder Wahlbetrug: In der Genfer Stadt Vernier erlebt die Demokratie eine schwere Krise</i></p>

<p>09.12.2025 wir Freiburg.</p>	<p>PATRICIA SCHAFER nimmt die Avenir-Suisse-Publikation «Antifragile Schweiz – 17 Strategien für eine Welt der Unordnung» zum Anlass, um herauszufinden, was denn die «Antifragilität» Schweiz ausmacht – und nennt gleich zu Beginn den Föderalismus des Landes als «<i>wohl (...) sichtbares[es] Beispiel für eine antifragile Institution</i>». Sie weist auch darauf hin, dass gerade diese Institution in Politik und Gesellschaft heute stark «<i>unter Druck</i>» stehen.</p> <p><i>Freiburger Nachrichten, Die Schweiz – das antifragilste Land der Schweiz?</i></p>
--	--

2. Bildung – Wissenschaft – Kultur

Datum und Quelle	Inhalt
09.06.2025 RSI 	<p>È stato inaugurato il primo Istituto dedicato alla lingua del diritto in italiano, diretto dalla professoressa IOLE FARGNOLI, concepito per colmare una lacuna accademica e come centro di competenza unico in Svizzera e a livello europeo. L'iniziativa punta a valorizzare e tutelare l'italiano giuridico, spesso marginalizzato rispetto all'inglese, sostenendo gli studenti italofoni e promuovendo ricerca e dialogo nel campo del diritto. Tra i primi obiettivi vi sono la redazione di un glossario giuridico in italiano e la creazione di una rete di collaborazioni con l'USI, l'Italianistica dell'Università di Basilea, il Centro di diritto svizzero di Como (IT) e l'Accademia della Crusca (IT).</p> <p><i>RSI, L'italiano giuridico trova casa in Berna</i> <i>TVsvizzera.it, A Berna è nato l'Istituto di italiano giuridico</i> <i>Istituto di italiano giuridico</i> <i>Uni aktuell, «Die Bundesstadt Bern ist prädestiniert für dieses Institut»</i></p>
22.06.2025 TVsvizzera.it 	
Universität Bern  ^b	<p>Die Schweizerische Hochschulkonferenz SHK hat beschlossen, Abwehrmaßnahmen gegen Cyberangriffe zu ergreifen. RENÉ DONZÉ spricht im Interview mit ETH-Rektor Prof. Dr. GÜNTHER DISSERTORI, welcher zugleich die nationale Arbeitsgruppe «<i>Knowledge Security</i>» leitet, über die Gefahr, wie autoritäre Länder versuchen, spionageweise an westliches Wissen zu gelangen.</p> <p><i>NZZ, Universitäten rüsten gegen Spionage auf: «Das Risiko nimmt zu», sagt der ETH-Rektor Günther Dissertori, der die nationale Arbeitsgruppe zum Thema leitet, Interview</i></p>

3. Öffentliche Finanzen

Datum und Quelle	Inhalt
14.10.2025 NZZ	Nachdem die Tessiner Stimmbevölkerung eine zweite Volksinitiative zur Entlastung der Haushalte von den Krankenkassenprämien angenommen hat, stellt sich für den Südkanton die Frage, wie er das alles finanzieren soll. Zusammen mit der Abschaffung des Eigenmietwerts , dem Entlastungspaket 27 des Bundes sowie der Efas-Reform erachtet der Tessiner Finanzdirektor CHRISTIAN VITTA die mittel- bis langfristigen Finanzperspektiven seines Kantons als besorgniserregend. <i>NZZ, 700 Millionen Franken Defizit - «Der Kanton Tessin hat zu lange über seine Verhältnisse gelebt»</i>
14.10.2025 NZZ	Auch KATHARINA FONTANA nimmt das Tessiner Volks-Ja zur Einführung einer staatlichen Prämienentlastung im Kanton in ihrem Kommentar auf, um darauf hinzuweisen, dass die Schweiz insgesamt zwar finanziell noch gut aufgestellt sei, der Trend zu höheren Ausgaben aber « <i>in die falsche Richtung</i> » weise. Vermehrt würden u.a. auch Personen, die klar zum Mittelstand gehören, vom Staat in irgendeiner Form unterstützt. Zeit, das Sparen wieder zu erlernen. <i>NZZ, Die Schweiz ist heute ein Wohlfahrtsstaat bis weit in den Mittelstand hinein, und das ist falsch</i>
14.10.2025 NZZ	In der laufenden Wintersession entscheidet die Bundesversammlung, wie hoch das Bundesbudget 2026 sein wird und v.a. wie dieses Geld verteilt werden wird. In der ersten Beratung hat sich im Ständerat eine bürgerliche Mehrheit dabei durchgesetzt. <i>NZZ, Keine Nachzüge nach Malmö, weniger Mediensprecher beim Bund und mehr Geld für die Winzer – der Ständerat setzt Farbtupfer beim Budget</i>
25.11.2025 	Le rapport de la Commission des finances (Cofin) du canton de Vaud sur le budget 2026 était attendu de pieds ferme par les députés. Le projet du Conseil d'Etat portant sur la modification pendant deux ans de la répartition de l'impôt sur les gains immobiliers pour les communes a été refusé par la Cofin. Celle-ci a en effet reconnu la situation difficile des communes en raison de dettes élevées, d'une contribution déjà importante et des reports de charges auxquels elles vont devoir faire face. <i>Le Temps, Notaires, fonction publique, communes : la Commission des finances chamboule le projet de budget vaudois</i>

4. Öffentliche Werke – Energie – Verkehr

Datum und Quelle	Inhalt
27.11.2025 NZZ 30.11.2025 ZOFINGER TAGBLATT	<p>30 Einwohner der Gemeinde Wikon (LU) haben Einsprache gegen die kommunale Ortsplanungsrevision eingelegt. Ihr Ziel: Nichts minder als ein Verbot publikumsintensiver «<i>Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen in der Arbeitszone</i>», welches landesweit das erste seiner Art wäre. In diesem Zusammenhang hat der Bundesrat erst kürzlich eine Einigungsverhandlung zwischen den Kantonen BE und SO hinsichtlich des Logistikzentrums «<i>Emmepark Landshut</i>» in Utzenstorf (BE) angeordnet. Der Artikel von E. ASCHWANDEN präsentiert Haltung der betroffenen Logistikunternehmens Planzer, die Meinung der Einsprecher – und das Dilemma des Wikoner Gemeinderates.</p> <p><u>Aktualisierung:</u></p> <p>Die Wikoner Stimmbevölkerung hat der Gesamtrevision der Ortsplanung nach Vorschlag des Gemeinderates in der Stichfrage zugestimmt. Damit wird auch die Sammeleinsprache dagegen abgewiesen.</p> <p><i>NZZ, Ein Dorf wehrt sich gegen Lastwagen</i> <i>Zofinger Tagblatt, News-Blog für den Bezirk Zofingen, Logistikverbot in Arbeitszone ist vom Tisch</i></p>
04.12.2025 	<p>Le financement participatif a le vent en poupe auprès des communes de Suisse romande. La dernière en date est celle d'Epalinges pour le financement d'une installation solaire sur le toit d'une école.</p> <p><i>Le Temps, Le financement participatif, nouvel eldorado des communes romandes pour développer le solaire</i></p>

5. Öffentliche Sicherheit

Datum und Quelle	Inhalt
13.11.2025 	<p>L'ensemble des agents et agentes de police du canton de Vaud seront bientôt équipés de caméras-piétons ou «bodycams». Le Conseil d'Etat a approuvé le projet de modification de la loi sur la Police cantonale (LPol) qui devra encore passer devant le Grand Conseil. Pour sa part, le Grand Conseil valaisan a accepté la modification de la loi sur sa police cantonale afin de permettre l'utilisation des caméras-piétons et la recherche automatisée des véhicules.</p> <p><i>Le Temps, Tout les policiers vaudois seront bientôt équipés de caméras piétons, le Valais accorde leur usage dans la loi</i></p>
17.11.2025	<p>Le Conseil d'Etat neuchâtelois a décidé de renforcer en 2026 le dispositif cantonal de lutte contre les violences domestiques. Il augmentera ainsi</p>

	les moyens consacrés à la prévention et à la détection des situations de violence, ainsi que les effectifs dédiés au sein de la police cantonale. <i>Le Temps, Neuchâtel renforce son dispositif de lutte contre les violences domestiques</i>
---	---

6. Gesundheit – Arbeit – Soziale Sicherheit

Datum und Quelle	Inhalt
17.11.2025 	Pierre-Yves Maillard, défenseur de la première heure du salaire minimum, souligne qu'il y a une forte résistance des alémaniques sur les questions sociales. Preuve en est que le non à l'introduction du salaire minimum dans le canton de Fribourg a été possible avec le refus des districts alémaniques. Le fait que les cantons frontaliers prévoient déjà un salaire minimum a sans doute été déterminant afin de protéger le marché du travail du canton. <i>RTS, Pierre-Yves Maillard : Il y a un Röstigraben sur les question sociales</i>
02.12.2025 NZZ	In seinem Kommentar schreibt SIMON HEHLI, dass die Gesundheitsdirektoren wegen des drohenden Diktats aus Bern «endlich» reagiert hätten: Die Schweiz hat einerseits eine sehr hohe Spitaldichte, andererseits einen Fachkräftemangel im Gesundheitsbereich. Zudem wirtschaften drei von fünf Spitäler defizitär. Nachdem die Bundesversammlung eine Motion angenommen hatte, welche die Kantone verpflichten soll, die Leistungsaufträge innerhalb von [intra- und suprakontonalen] Versorgungsregionen zu koordinieren – mit einem subsidiären Einschreiten des Bundes –, habe die GDK mit ihrem Dreiphasenplan einen « Befreiungsschlag » versucht. Nun sei es an den kantonalen Gesundheitsdirektoren zu beweisen, dass sie diese Transformation umsetzen können. « Und dass der Föderalismus die Lösung ist, nicht das Problem ». <i>NZZ, Spitäler in der Krise: Die Kantone müssen nun beweisen, dass sie es können, Kommentar</i>

7. Wirtschaft

Datum und Quelle	Inhalt
03.12.2025 	Une version végétale de la raclette a été proposée par l'Agroscope ce qui a provoqué une interpellation d'une Conseillère aux Etats valaisanne qui s'indigne que de l'argent public puisse servir à créer un produit pouvant potentiellement faire concurrence à la vraie raclette valaisanne. <i>Le Temps, Quand on attaque à la raclette, c'est tout le Valais qui s'étouffe</i>
01.12.2025	

N	<i>Le Nouvelliste, La raclette végétale de la Confédération rebondit à Berne : en colère, Marianne Maret interpelle le Conseil fédéral</i>
----------	--